



Protokoll der 3. Sitzung des Einwohnerrates

vom 23. September 2020, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Eisenring Fabian (SP), Gränicher Beat (SVP) und Siegwart Albert (GL)

Traktanden	Laufnummer
Traktandenliste	
<i>://: Dem stadträtlichen Antrag wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt und das Postulat «Fair Trade Town» (Nr. 2020/203) nach dem Postulat «Nachhaltigkeitsbeauftragte/Nachhaltigkeitsbeauftragter» (Nr. 2019/141) behandelt.</i>	2020/203 2019/141
1. Protokoll der Ratssitzung vom 19. August 2020 <i>://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.</i>	-
2. Alters- und Pflegeregion, Kommission – Gründung einer gemeinsamen Kommission Alters- und Pflegeregion Liestal (APRL) <i>://: Die Vorlage wird einstimmig an die SBK überwiesen.</i>	2020-8
3. Kinderbetreuung – Petition «Kinderbetreuung» der SP Liestal und Umgebung <i>://: Mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung nimmt der Einwohnerrat von der Petition Kenntnis.</i> <i>://: Dem Antrag des Büros wird zugestimmt und die Petition mit 19 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung als Postulat dem Stadtrat überwiesen.</i>	2020/188
4. Zusammenlegung Budget mit Entwicklungs- und Finanzplan – Motion «Zusammenlegung Budget mit Entwicklungs- und Finanzplan» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>://: Mit 13 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Motion nicht an den Stadtrat überwiesen.</i>	2020/179
5. Lastenräder für klimafreundliche Mobilität – Postulat «Lastenräder für die klimafreundliche Mobilität in Liestal» von Dominik Beeler und Michael Durrer der Grünen Fraktion <i>://: Das Postulat wird mit 13 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.</i>	2020/196

6. Lockdown-Erkenntnisse – Interpellation «Erkenntnisse aus dem Lockdown für Liestal's Verwaltung» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt. 2020/197
7. Universität – Bericht des Stadtrats zum Postulat «Keine Universität am Dreispitz – neue Chance für Liestal?» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion
://: Einstimmig wird vom stadrätlichen Bericht Kenntnis genommen und das Postulat als erfüllt abgeschrieben. 2019/142
2019/142a
8. Städtepartnerschaft gegen Rassismus – Postulat «Städtepartnerschaft mit Sacramento gegen Rassismus einsetzen» von Joel Bühler der SP-Fraktion
://: Mit 16 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen wird das Postulat nicht an den Stadtrat überwiesen. 2020/205
9. Nachhaltigkeit – Bericht des Stadtrats zum Postulat betreffend Fachperson «Nachhaltigkeitsbeauftragte/Nachhaltigkeitsbeauftragter» von Natalie Oberholzer der GL-Fraktion, Marianne Quensel der SP-Fraktion und Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion
://: Der stadrätliche Bericht zum Postulat wird einstimmig zur Kenntnis genommen und das Postulat einstimmig als erfüllt abgeschrieben. 2019/141
2019/141a
10. Fair Trade Town – Postulat «Fair Trade Town Liestal» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion und Bruno Imsand der FDP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020/203
11. Hochwasser im Bental – Interpellation zum Hochwasser im Bental im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau der Psychiatrie von Dominique Meschberger der SP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-7
12. Rathausstrasse verkehrsfrei – Interpellation «Verkehrsfreie Rathausstrasse» von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-9
13. Rassismus – Postulat «Rassismus in Liestal» von Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-10
14. Wiedenhubstrasse – Postulat «Wiedenhubstrasse mit Einbahnverkehr» von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2020-11

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) heisst die Ratsmitglieder, den Stadtrat, die Medienvertreter und Gäste auf der Zuschauertribüne zur heutigen Sitzung willkommen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Im Zusammenhang mit dem Schutzkonzept COVID-19 verzichtet sie darauf, die einzelnen Punkte zu verlesen.
- Die Sitzung wird zwischen 19.00 – 19.30 Uhr geschlossen, wobei die Sitzung durch keine Pause unterbrochen wird.
- Das Erhebungsformular «Interessenbindung-Offenlegung» ist vom Büro beschlossen und den Ratsmitgliedern bereits zugestellt worden. Das ausgefüllte Formular ist von den Ratsmitgliedern bis spätestens Ende Oktober 2020 an den Ratsschreiber zu retournieren.
- Im Zusammenhang mit den Umbauarbeiten im Regierungsgebäude vom Herbst 2021 bis Frühling 2023 sind vom Büro verschiedene Massnahmen im Zusammenhang mit einer allfälligen Ersatzlokalität für den Landratssaal bzw. die ER-Sitzungen sowie neuen Multimediaanlage beschlossen worden. Im Zusammenhang mit den neuen technischen Einrichtungen im Landratssaal wird das Büro auch die Einführung eines Ton-Protokolles für die Ratsitzungen prüfen.
- Da die am 18. September 2020 übergebene Petition «Fussgängerstreifen Bienen-talstrasse» nicht in die Kompetenz des Einwohnerrates fällt, ist vom Büro die Petition direkt dem Stadtrat zur weiteren Bearbeitung weitergeleitet worden. Der Stadtrat wird gebeten, den Einwohnerrat an einer nächsten Sitzung mündlich kurz über die Behandlung der Petition und den Vollzug zu informieren.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, blau
- ER-Vorlage Nr. 2020-12

Neue persönliche Vorstösse

- Kunstrasenfeld als Partymeile – Interpellation «Neues Kunstrasenfeld als Partymeile?» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2020-12)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- Niederhauser Sonja (CVP/EVP/GLP) Seite A (SP, GL)
- Imsand Bruno (FDP) Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)
- Bonjour Bernhard (SP) Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf die Petition «Fussgängerstreifen Bientalstrasse» und erklärt, dass der Stadtrat zur gegebenen Zeit den Einwohnerrat über das weitere Vorgehen informieren wird.

Traktandenliste

Stadtpräsident Daniel Spinnler stellt den Antrag, dass das Trakt. 8 bzw. Postulat «Fair Trade Town Liestal» (Nr. 2020/203) nach dem Traktandum Nr. 10 «Nachhaltigkeitsbeauftragte/Nachhaltigkeitsbeauftragter» behandelt wird, da beide Vorstösse von der Sachlogik zusammen gehören.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum stadträtlichen Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem stadträtlichen Antrag wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltungen zugestimmt und das Postulat Nr. 2020/203 (Fair Trade Town Liestal) neu als 11. Traktandum behandelt.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird mit der beschlossenen Änderung verabschiedet und genehmigt.

23 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 19.08.2020

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) informiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll der letzten Sitzung eingegangen sind. Das Büro beantragt dem Rat deshalb die Protokoll-Genehmigung.
Sie kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 19. August 2020 wird vom Rat einstimmig genehmigt.

24 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Alters- und Pflegeregion, Kommission – Gründung einer gemeinsamen Kommission Alters- und Pflegeregion APRL (Nr. 2020-8)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der Vorlage Nr. 2020-8 an die einwohnerrätliche Kommission «Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission» (SBK) zur Vorberatung vor, wozu sich die Fraktionen nun äussern möchten.

Thommen Susanna (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass die Mittefraktion eine Vorberatung durch die SBK begrüsse.

Loris Jeitziner (SP) meint, seine Fraktion begrüsse die proaktive Zusammenarbeit der Alters- und Pflegeregion sowie die Vorberatung durch die SBK.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) gibt der vorberatenden Kommission mit, dass die Bezeichnung sowie das Kürzel genauer angeschaut werden müsste. Sie habe noch einige Fragen, doch wird sie diese ihrer Fraktionskollegin für die SBK-Beratung mitgeben.

Stadträtin Regula Nebiker führt aus, dass sie zur stadträtlichen Vorlage keine Ergänzungen anzubringen habe.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2020-8 an die Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK) zur Vorberatung überwiesen.

25 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Kinderbetreuung - Petition «Kinderbetreuung» der SP Liestal und Umgebung (Nr. 2020/184)

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass das Eintreten vom Rat nicht bestritten wird.

Die Fraktionen möchten sich nun zum Antrag des Büros äussern, wonach die Petition dem Stadtrat als Postulat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen werden soll.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass Liestal über genügend Angebote für eine gute und professionelle Kinderbetreuung verfügt. Die jetzige administrative Abwicklung ist sehr zeitaufwändig, für alle Beteiligten mühsam und zu kompliziert, trotz neu angeschafftem IT-Programm. Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, dass vom budgetierten Betrag von TCHF 275 rund TCHF 100 im vergangenen Jahr nicht ausgeschöpft wurden. Die Prozesse und Abläufe müssen einfacher werden. Die Mittefraktion ist im jetzigen Zeitpunkt nicht für eine Verdoppelung der finanziellen Mittel. Die Überweisung der Petition wird mit der Option unterstützt, dass Abklärungen im Zusammenhang mit der Vereinfachung von Abläufen getroffen werden. Den beiden Anträgen wird zugestimmt.

Dominic Odermatt (FDP) bemerkt, dass der Abbau von bürokratischen Hürden auch von der FDP-Fraktion unterstützt wird, hingegen wird die Forderung für zusätzliche finanzielle Mittel abgelehnt. Die Meinung, dass die budgetierten finanziellen Mittel wegen den bürokratischen nicht ausgeschöpft werden, kann er nicht unterstützen, denn den Prozess hatte er selbst durchlaufen und den Ablauf nicht so kompliziert gefunden. Auch müssen die Gesuche von der Verwaltung geprüft werden, bevor Zahlungen an die Gesuchsteller ausgelöst werden. Optimierungs- und Verbesserungsmöglichkeiten können von der Verwaltung sicher geprüft und umgesetzt werden, doch dafür braucht es kein Postulat. Die Verdoppelung der Stadtbeiträge sieht seine Fraktion insbesondere in der momentanen angespannten Finanzlage überhaupt nicht. Die Forderung der Petition ist fast absurd, denn eine Verdoppelung von zu einem grossen Teil gar nicht beanspruchten finanziellen Beiträgen macht ja wirklich keinen Sinn. Oder soll die Stadt nun noch Gelder ausgeben, die es schlussendlich gar nicht braucht? Ein wirkliches Bedürfnis der Bevölkerung ist es wohl auch kaum, denn die 200 Unterschriften dürfte wohl in etwa der SP-Mitgliederzahl entsprechen. Die Petition war sicher ein gutes Instrument im Wahlkampf, doch die Wahlen sind nun auch vorbei. Seine Fraktion wird von der Petition gemäss Antrag des Ratsbüros Kenntnis nehmen, wird aber die Überweisung als Postulat nicht unterstützen.

Dominique Meschberger (SP) nimmt Bezug auf das Votum ihres Vorredners und stellt fest, dass die SP leider nicht 200 Mitglieder zählt, sie freue sich aber über die hohe Meinung, die man von ihrer Partei habe. Die Welt wandelt sich, ein Umdenken findet statt und die Gesellschaft geht vorwärts. Forderungen nach gleichem Lohn für Mann und Frau, das Recht auf gemeinsame Kinderbetreuung, Vaterschaftsurlaub usw. sind Zeichen dieses Zeitgeistes. Eine allumfassende Kinderbetreuung für arbeitende Eltern ist heute ein Attraktivitätspunkt für den gewählten Wohnort. Umso wichtiger sind Aufmachung und Kundenfreundlichkeit dieses Angebots und dazu gehört auch die Mitfinanzierung der Stadt bei kleineren Einkommen, denn unsere Stadt ist ein Ort für alle. Wenn der finanzielle Betrag der Stadt nicht ausgenutzt wird und gleichzeitig zu hören ist, die Hürden seien zu hoch oder zu kompliziert, dann ist es an der Zeit, dass wir diese Hürden wegräumen. Und diese Tatsache habe man tatsächlich für den Wahlkampf zu Nutze gemacht, weil Familienpolitik ein zentrales Anliegen der SP ist. Und die Forderung der Petition soll auch kein Vorwurf an die Stadt sein, denn schliesslich ist es die Aufgabe der Politik, solche Themen auf den Tisch zu bringen, damit eine Verbesserung für die Gesellschaft möglich ist. Ja, wir möchten auch einen grösseren finanziellen Beitrag der Stadt erwirken und eine Verdoppelung der Beiträge ist unsere Vorstellung. Wenn Liestal wachsen soll, dann müssen auch die Dienstleistungen mitwachsen. Längst haben wir gelernt, dass neue

teure Wohnungen nicht automatisch bedeuten, dass auch lauter gute Steuerzahlende neu nach Liestal kommen, denn vielmehr ziehen Einwohner innerhalb von Liestal aus alten Wohnungen in neue Wohnungen um. Wenn nun die Petition als Postulat überwiesen wird, hat der Stadtrat den Auftrag, das Begehren der Petition zu prüfen und darüber zu berichten. Sie bittet um die Überweisung des Postulates, trägt doch ein gutes Kinderbetreuungsangebot auch zur Attraktivitätssteigerung von Liestal bei.

Lisa Faust (GL) meint, ihre Fraktion freue es, dass die finanzielle Beteiligung der Stadt an der Kinderbetreuung thematisiert werde. Die Überweisung der Petition als Postulat an den Stadtrat wird unterstützt. Die familienexterne Kinderbetreuung ist idealerweise ein Teil verschiedener Massnahmen und Angebote von frühen Förderungen. Dazu gehören auch bedarfsgerechte Beratungsangebote, Integrationsförderung, Gesundheitsförderung usw. Vom Regierungsrat ist kürzlich ein Konzept für eine Frühförderung verabschiedet worden. Dieser empfiehlt nun den Gemeinden die Vornahme einer lokalen Situationsanalyse und aus dem festgestellten Bedarf soll dann eine Strategieentwicklung erfolgen, um Lücken im Angebot schliessen zu können. Eine Erhöhung der finanziellen Mittel zu Gunsten der frühen Kindheit wird von der Grünen Fraktion begrüsst, doch soll zuerst auch in Liestal evaluiert werden, wer denn was braucht. Dann kann auch entschieden werden, welche Angebote finanziell unterstützt werden sollen.

Denise Meyer (SVP) äussert, ihre Fraktion unterstütze das Votum des FDP-Fraktionsprechers und die SVP-Fraktion wird sich ebenfalls gegen eine Postulatsüberweisung aussprechen.

Reto Derungs (SP) ist der Ansicht, dass das ausfüllen des Formulars absolut anstrengend und wirklich nicht zielführend ist. Dieses Formular sollte nun so einfach wie möglich und verständlich gestaltet werden.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass auch seiner Partei die Familienpolitik ein wichtiges Anliegen ist. Auch werden verschiedene Meinungen vertreten, welches die richtigen Wege und Mittel für die Familienförderung sind. Er ist der Meinung, dass so viel Geld für die externe Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt werden soll, wie es braucht. Und ob es die veranschlagten finanziellen Mittel der Stadt braucht, ist eben nicht ganz klar, denn das Budget wird nicht ausgeschöpft. Und so lange der Budget-Betrag ausreicht, müssen wir nicht über eine Beitragserhöhung diskutieren. Der Einwohnerrat hatte sich für die Subjektfinanzierung entschieden, wovon insbesondere die finanzschwachen Eltern profitieren sollen. Die individuellen Finanzierungsbeiträge sind halt doch mit einem gewissen Verwaltungsaufwand verbunden.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

- ://: Dem Antrag des Büros wird mit 19 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt und die Petition dem Stadtrat als Postulat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.
- ://: Mit 35 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung nimmt der Einwohnerrat Kenntnis von der Petition «Kinderbetreuung».

26 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Zusammenlegung Budget mit Entwicklungs- und Finanzplan – Motion «Zusammenlegung Budget mit Entwicklungs- und Finanzplan» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion und Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2020/179)

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass der Stadtrat die Motion nicht übernehmen möchte. Und ist es die Absicht der Motion im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von zwei Berichten, dass die Zusammenlegung des Budget und Entwicklungsplan (EP) mit einem neuen Reglement beschlossen wird? Gemäss § 47 hat der Einwohnerrat vom Aufgaben- und Finanzplan Kenntnis zu nehmen und das Budget zu beschliessen. Und sollten nun die beiden Dokumente zusammengeführt werden, wäre es wohl schlussendlich nicht mehr ganz klar, was nun zu genehmigen und was zur Kenntnis zu nehmen ist. Aktuell werden das Budget und auch der EP dem Rat praktisch gleichzeitig zugestellt. Bis vor ein paar Jahren ist dem Rat im Sommer der EP und dann im Herbst das Budget zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet worden. Das Budget verfügte über genauere aktuelle Zahlen, weshalb oftmals auch länger über die Abweichungen zwischen dem EP und dem Budget diskutiert wurde. Es wurde deshalb zwischen der FIKO und dem Stadtrat vereinbart, dass man zuerst das Budget im Rat behandelt, da dieses bis Ende Jahr zu genehmigen ist. Der EP ist ein Planungsinstrument und nicht zeitkritisch. Änderungen im Zusammenhang mit der Beratung des Budget und des EP sind zwischen der FIKO und dem Stadtrat besprochen und allfällige Anpassungen von Abläufen vorgenommen worden. Die Einreichung einer Motion ist schon ein ganz kräftiges Instrument und ein Postulat hätte wohl auch genügt. Noch einfacher wäre es wohl gewesen, wenn der Vorschlag und das Begehren der Verfasserin zuallererst von der FIKO und dem Stadtrat diskutiert worden wäre. Ihm ist auch nicht klar, was der Stadtrat bei einer Motionsüberweisung unternehmen müsste, da im Vorstoss kein klarer Auftrag formuliert wird. Der Vorstoss hat deshalb keinen Motionscharakter, weshalb die Motion auch nicht überwiesen werden sollte. Auch wird die Beibehaltung von zwei separaten Vorlagen für das Budget und den Entwicklungsplan beliebt gemacht.

Pascale Meschberger (SP) sagt als Motionärin, sie habe schon das Gefühl, dass der Stadtpräsident im Moment gerade den Zug der Zeit verpasse. Der Kanton ist bereits umgestiegen und einige Gemeinden haben das Budget und den EP bereits zusammengelegt, da es einfacher und übersichtlicher ist. Der Stadtrat und die Verwaltung machen sich alljährlich viel Arbeit mit dem Budget, dem Entwicklungsplan, der Rechnung und dem Amtsbericht. Selbst bei der Rechnung und dem Amtsbericht könnte eine Zusammenfassung ebenfalls diskutiert werden, doch dies ist heute kein Thema. Auch Geschäftsinhaber, Eigenheimbesitzer usw. machen sich doch Gedanken darüber, wieviel Geld sie im nächsten Jahr und dann auch mittelfristig in den nächsten Jahren ausgeben wollen. Es wäre doch sinnvoll, wenn man zusammen mit den konkreten Budget-Zahlen auch die Annahmezahlen für die Folgejahre gleichzeitig kennen würde. Die fast gleichzeitige Herausgabe des Budget und des EP in zwei separaten Vorlagen findet sie ineffizient und soll ja nicht nur dem Selbstzweck des Stadtrates, sondern auch dem Einwohnerrat und der Bevölkerung dienen. Mit der Zusammenlegung der beiden Vorlagen könnten sicher gewisse Berichtspunkte und Wiederholungen weggelassen werden, eine Vorlage aus einem Guss würde auch die Arbeit der vorberatenden Kommissionen erleichtern und wäre bestimmt übersichtlicher. Und mit der Zusammenlegung der beiden Vorlagen könnten sicher auch die Kommissionssitzungen reduziert und beispielsweise Sitzungsgelder gespart werden. Einziger Nachteil wäre, dass das Budget und auch der EP bis Jahresende zu behandeln sind, was etwas mehr zu tun gäbe. Der Vorstoss soll nach wie vor als Motion und nicht als Postulat überwiesen werden.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) sagt als Mitverfasserin der Motion, dass es natürlich auch bei diesem Geschäft zwei Seiten gebe. Mit zwei Vorlagen werden gewisse Themen oftmals auch zweifach diskutiert und meist liegen bei den jeweiligen Dokumenten die Druckdaten

nur wenige Tage auseinander. Ein Jahres-Budget macht nur dann Sinn, wenn ich die Mehrjahresplanung kenne und so sollte folglich und logischerweise der EP vor dem Budget behandelt werden und nicht umgekehrt. Vom Stadtpräsidenten ist ja bereits gesagt worden, dass beide Vorlagen gleichzeitig angeschaut werden, da dies Sinn macht. Und so macht es erst recht Sinn, dass man die beiden Dokumente zusammenlegt, zumal damit auch der Verwaltungsaufwand reduziert werden kann. Das Argument, dass das Budget zu genehmigen und der Entwicklungsplan nur zur Kenntnis zu nehmen ist, verhält ja auch nicht, denn es gibt auch andere Vorlagen, bei welchen nebst der Kenntnisnahme noch ein weiterer Genehmigungs- oder Bewilligungsantrag formuliert wird.

Bruno Imsand (FDP) bemerkt, dass sich die FDP-Fraktion aus verschiedenen Gründen gegen eine Überweisung der Motion ausspreche. Die Einheit der Materie ist nicht gegeben, da das Budget zu genehmigen und vom EP lediglich Kenntnis zu nehmen ist. Beim Budget stehen nur die Einnahmen und Ausgaben des nächsten Jahres zur Diskussion und diese müssen ja bis Ende Jahr beschlossen werden. Beim EP und der Mehrjahresplanung braucht es hingegen länger Zeit, da beispielsweise Priorisierungen vorzunehmen sind. Bei den EP-Diskussionen geht es nicht nur um Franken und Rappen, sondern auch um langfristige Projekte und beispielsweise die aktuell immer wieder diskutierte Vorwärtsstrategie. Auch wird die Vorgehensweise der Motionärinnen nicht ganz verstanden, denn bis anhin war es doch so, dass man Begehrlichkeiten sowie Anregungen und Wünsche zuallererst immer in den Kommissionen diskutiert hatte. Und wenn dann die diesbezüglichen Gespräche erfolglos waren, konnte man ja immer noch zum Instrument eines politischen Vorstosses greifen. Er findet es schade, dass der Vorschlag für die Zusammenlegung des Budget und EP nicht zuallererst in der FIKO thematisiert wurde. Persönlich ist er zudem der Meinung, dass die Zusammenfassung der beiden Dokumente wohl kaum zu Einsparungen führen würde. Es dürften vielleicht ein paar Sitzungen weniger werden, doch diese werden dann wohl um so länger werden.

Patricia Bergamin (SVP) unterstützt die Voten des Stadtpräsidenten sowie des FDP-Fraktionsprechers. Das Budget für das Folgejahr ist jeweils bis Ende Jahr zu beschliessen. Der EP ist ein Planungsinstrument für die nächsten 5 Jahre und muss lediglich zur Kenntnis genommen werden. Der EP zeigt auf, wo die Reise hingehen soll und muss teilweise ausführlicher als das Budget diskutiert werden. Die Motion wird von der SVP-Fraktion nicht unterstützt.

Michael Durrer (GL) hält, fest dass man in der Vergangenheit verschiedentlich in der FIKO-Beratung festgehalten hatte, dass man gewisse Themen nun nicht im Budget, sondern später bei der EP-Beratung behandeln kann, was umgekehrt jedoch auch der Fall war. Er ist absolut davon überzeugt, dass das Budget und auch der EP gemeinsam und gleichzeitig behandelt werden sollten. Beide Dokumente und Vorlagen waren immer von sehr hoher Qualität. Gemäss neuestem FIKO-Terminplan ist es so, dass wiederum das Budget und auch der EP fast gleichzeitig vom Stadtrat verabschiedet dem Einwohnerrat zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet werden. Eine zusammenhängende Diskussion ist somit möglich. Von diesem Hintergrund und auch als Würdigung der vom Stadtrat und der Verwaltung geleisteten Arbeiten im Zusammenhang mit dem Budget und dem EP möchte es seine Fraktion weiterhin dem Stadtrat überlassen, ob er die beiden Vorlagen künftig weiterhin separat oder zusammengefasst vorlegen möchte. Die Grüne Fraktion unterstützt deshalb die Motionsüberweisung nicht.

Thomas Eugster (FDP) kann der Zusammenlegung des EP und Budget ebenfalls nichts Positives abgewinnen. Als ehemaliger BPK-Präsident weiss er, dass das Budget meist unter Zeitdruck behandelt werden musste. Beim EP hatte man jedoch keine Zeitvorgabe und so blieb auch mehr Zeit für strategische Diskussionen. Die Vereinigung der beiden Dokumente hätte zur Folge, dass Ende Jahr unter Zeitdruck nur noch über Zahlen diskutiert würde und für Strategie-Diskussionen keine Zeit mehr übrig bleibt. Und er ist sogar der Meinung, dass im Einwohnerrat bereits heute solch wichtige strategische Diskussionen zu kurz kommen. Aus den erwähnten Gründen soll die Motion nicht überwiesen werden, denn dies hätte eine Selbstschneidung des Parlaments zur Folge.

Stadtpräsident Daniel Spinnler hält auf Anfrage der Ratspräsidentin fest, dass wohl alles gesagt wurde und es keinen Ergänzungen seinerseits mehr bedarf.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Vom Einwohnerrat wird die Motion Nr. 2020/179 mit 13 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

27 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Lastenräder für klimafreundliche Mobilität - Postulat «Lastenräder für die klimafreundliche Mobilität in Liestal» von Dominik Beeler und Michael Durrer der Grünen Fraktion (Nr. 2020/198)

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert darüber, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte, da er weder Eigner noch Subventionsgeber von Lastenrädern sein möchte. Der Stadtrat bietet aber Initianten seine Hilfe und Unterstützung an, sollte jemand die Geschäftsidee in Liestal verwirklichen wollen.

Dominik Beeler (GL) enttäuscht die stadträtliche Haltung als Postulant doch etwas. Der Aufwand für die Standortsuche, den operativen Betrieb der Buchungsplattform usw. würde von Carvelo2go übernommen und die Stadt hätte lediglich einen Sponsoringbeitrag von CHF 2'500.-- pro Lastenrad zu übernehmen. Ein solches Angebot wurde anscheinend schon einmal von der Velostation bei der Post gemacht. Muttenz bietet bereits Lastenräder an. Ein solches Angebot könnte ja von der Stadt im LA beworben werden und mit wenig Aufwand gäbe es sicher noch verschiedene Vorteile, welche vom Stadtrat zumindest nach der Überweisung des Vorstosses noch geprüft werden könnten. Liestal als Energiestadt würde es gut anstehen, wenn der Stadtrat den Vorschlag der Postulanten zumindest prüfen und dann darüber berichten würde.

Michael Durrer (GL) erklärt als Mitpostulant, dass er keine Ergänzungen mehr anzubringen habe.

Lorenz Holinger (SVP) ist der Ansicht, dass wieder einmal ein Begehren auf dem Tisch liegt, das man dem Rat damit schmackhaft machen möchte, indem man die Aussage macht, dass es nichts viel koste und man nichts damit zu tun habe. Auch der Lastenräder-Vorschlag ist eine nette Idee, doch ist es keine Aufgabe der Gemeinden, ein solches Sponsoring zu betreiben, zumal man sich im Moment wirklich nur das Nötigste leisten kann. Die Idee kann sicher auch ohne Zutun der Stadt realisiert werden. Allenfalls kann die Velostation, ein lokales Velogeschäft oder jemand privat die Anschaffung machen. Mit dem vom Postulanten erwähnten Wirkungsradius von 60 Kilometern könnte auch die nächste Station in Muttenz leicht erreicht werden. Seine Fraktion lehnt das Postulat ab.

Reto Pusterla (FDP) erklärt, auch die FDP-Fraktion habe das Postulat rege diskutiert. Der Wunsch nach Lastenrädern ist auch in Liestal nicht neu, denn ein solches Angebot gab es bei der Velostation im Jahr 2018 für rund 1 ½ Jahre. Da in dieser Zeit das Velo nur rund 40 x benützt wurde, ist das Lastenrad mangels Interesse wieder aus dem Angebot gestrichen worden. Ist ein solches Velo wirklich ein Bedürfnis in Liestal oder war beim ersten Versuch der Standort falsch? Mit der von der Stadt bereits finanziell unterstützten Velostation existiert ja bereits ein vergleichbares Lieferangebot, welches ja sehr gut genutzt wird. Ein zentraler Standort dürfte auch für viele eine Hürde sein, ein solches Angebot zu nutzen, und so wären wohl dezentrale Standorte in den Quartieren wohl interessanter. Auch seine Fraktion stellt sich die Frage, ob es wirklich Aufgabe der Stadt ist, solche Velos zur Verfügung zu stellen. Ein Privatsponsoring für Velos in Quartieren wäre sicher möglich. Seine Fraktion wird die Postulatsüberweisung an den Stadtrat ebenfalls ablehnen.

Joel Bühler (SP) meint, die Statements haben ihn schon beinahe amüsiert, zeugen diese doch von einer statischen Vorstellung, wie unsere Gesellschaft funktionieren soll. Die Gesellschaft und auch die Angebote ändern sich aber laufend, wobei diese vom Einwohnerrat mit den immer gleichen Argumenten abgelehnt werden: Man kann sich neue Angebote nicht leisten und diese sind auch nicht Aufgabe der öffentlichen Hand. Die Lastenräder sind wirklich gute Transportmittel, was er selbst auch schon in der Praxis erfahren hatte. Die Lastenvelos machen

ökologisch Sinn, beanspruchen keine Parkplätze, bieten diverse andere Vorteile und sind auch in Liestal bezahlbar. Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Susanne Thommen (CVP/EVP/GLP) meint, auch die Mittefraktion findet Lastenräder grundsätzlich eine gute Idee. Doch ist man ebenfalls der Meinung, dass die Finanzierung derselben nicht Aufgabe der Stadt sein kann. Die Velostation bringt ja die Einkäufe bereits nach Hause und diese könnte gegebenenfalls auch das Angebot mit Lastenrädern erweitern. Die Postulatsüberweisung wird von der CVP/EVP/GLP-Fraktion nicht unterstützt.

Natalie Oberholzer (GL) hält fest, dass in verschiedenen Voten die Aussage gemacht wurde, dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, Lastenräder zu finanzieren. Aufgabe der Stadt wäre eigentlich und grundsätzlich ein Gesamtmobilitäts-Management und Lastenvelos könnten durchaus ein Teil davon sein, damit vermehrt auf Autotransport verzichtet werden kann. Sie empfehle dem Rat die Postulatsüberweisung.

Dominik Beeler (GL) hält als Postulant zur Klärung fest, dass es beim Postulat lediglich darum geht, dass die Stadt Liestal das Sponsoring übernehmen würde. Auf Empfehlung der Stadt könnte dann beispielsweise die Velostation sicher als Partnerin für den operativen Betrieb angefragt würde.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) sagt, dass er Lastenräder und weitere neue Mobilitätsformen durchaus positiv finde. Denn wenn wir Lastenräder hätten, würden die Demonstranten ihren Abfall im Stedtli vielleicht gar selbst mitnehmen und entsorgen. Damit aber Lastenräder rentabel sind, braucht es eine gewisse Anzahl an Nutzungen. Mangels Bedarf und Nutzungen haben sich Anbieter bereits in grösseren Städten auch schon wieder zurückgezogen, da es betriebswirtschaftlich keinen Sinn machte. Zudem gibt es auch bei E-Trotinetts usw. das Problem, dass diese nach Gebrauch nicht wieder an ihren Standort zurück gebracht werden und immer wieder eingesammelt werden müssen. Er ist ebenfalls der Meinung, dass die Stadt Liestal nicht der richtige Sponsor für Lastenräder wäre.

Stadtpräsident Daniel Spinnler meint, die Stadt könnte gar bei der Sponsorensuche ihre Unterstützung anbieten. Er ist zudem der Meinung, dass sich ein Velo mit Anhänger wesentlich einfacher als ein Lastenvelo steuern lässt.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Mit 13 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2020/196 nicht an den Stadtrat überwiesen.

28 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Lockdown-Erkenntnisse - Interpellation «Erkenntnisse aus dem Lockdown für Liestal's Verwaltung» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2020/197)

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf die Fragen des Interpellanten und beantwortet diese wie folgt:

Frage 1: Homeoffice konnte sehr schnell umgesetzt werden. Ein Vorteil war auch, dass im Vorjahr ein Windows-Upgrade vorgenommen wurde und so konnten rasch Zusatzprogramme installiert werden. Es mussten keine Arbeitszeitverluste in Kauf genommen werden bzw. diese konnten mit dem abnehmenden Publikumsverkehr aufgefangen werden, obwohl die Schalter zu den üblichen Zeiten in Betrieb waren.

Frage 2: Alternierend hatte wöchentlich die Hälfte der Mitarbeitenden bzw. Abteilungen zu Hause gearbeitet. Damit konnte auch sichergestellt werden, dass bei Erkrankungen oder Quarantäne nicht zeitgleich eine ganze Abteilung lahm gelegt worden wäre. Auch wurden in der Verwaltung verschiedene Massnahmen getroffen. Besonders schützenswerte Personen hatten zudem die ganze Zeit zu Hause gearbeitet.

Frage 3: Ausfallende Sitzungen und Veranstaltungen sowie weniger Anfragen usw. hatten es vereinfacht, effizienter und konzeptionell besser arbeiten zu können. Natürlich war nicht durchwegs eine bessere Effizienz möglich und es ist bekannt, dass mit dem Wegfall persönlicher Gespräche beispielsweise die Kreativität usw. zu kurz kommt.

Frage 4: Die Digitalisierungsstrategie ist im Moment in Bearbeitung und die Erkenntnisse sowie gemachten Erfahrungen im Zusammenhang mit Covid-19 werden mit einbezogen.

Thomas Eugster (FDP) wünscht als Interpellant die Diskussion.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Thomas Eugster (FDP) dankt als Interpellant für die Beantwortung seiner Fragen und ist erfreut darüber, dass die Umstellung auf Homeoffice reibungslos verlaufen ist. Es ist aber sicher so, dass man im Zusammenhang mit dem Lockdown gewisse Arbeiten nicht mehr machen konnte oder anders erledigt hatte. Diverse diesbezüglich gemachten Erfahrungen können bestimmt auch eine Chance für die Zukunft sein, indem man gewisse Dinge halt einfach gar nicht mehr macht oder anders erledigt. Von den positiven Effekten sollte man künftig profitieren und so ist er auch auf die Ergebnisse der Digitalisierungsstrategie gespannt.

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass natürlich die Verwaltung im Fokus seiner Interpellationsantworten stand. Auch die Schulen waren stark vom Lockdown betroffen und haben Erfahrungen gesammelt, doch will er darauf an dieser Stelle nicht näher eingehen.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2020/197 durch den Stadtrat.

29 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Universität – Bericht des Stadtrats zum Postulat «Keine Universität am Dreispitz – neue Chance für Liestal?» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/142)

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) dankt als Postulant für den fundierten stadträtlichen Bericht, obwohl dieser wenig erfreulich ist. Er kann den stadträtlichen Anträgen und Abschreibung des Postulates zustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) glaubt, dass sich das Sprichwort auch im vorliegenden Fall bewahrheiten dürfte, dass man die Schlacht verloren hat, sobald man nicht mehr kämpft. Im Zusammenhang mit früheren Bestrebungen sind doch damals positive Signale nach Liestal gesendet worden, dass Liestal zu einem Uni-Standort wird. Dieser Wunsch hat sich leider nicht erfüllt, obwohl vom Stadtrat alles Mögliche unternommen und versucht wurde. In Liestal sind nebst der Gewerbeschule, der Bezirksschreiberei, der Pädagogischen Schule, Gerichten usw. verschiedene Amtsstellen und Institutionen bereits abgezogen worden und weitere werden noch folgen. Und er frage sich schon noch hie und da, ob denn überhaupt noch jemand weiss, dass Liestal die Kantonshauptstadt des Kantons Basel-Landschaft ist. Und die Liestal darf nicht damit aufhören, alles Mögliche zu unternehmen, damit Liestal als Kantonshauptstadt gestärkt werden kann.

Michael Durrer (GL) dankt für den stadträtlichen Bericht, der doch ernüchternd ist. Nach wie vor ist auch seine Fraktion der Meinung, dass Liestal bei der Vergabe der Uni-Standorte nicht genügend mit einbezogen wurde, obwohl wir dafür gute Voraussetzungen hätten. Es ist enttäuschend und doch wird man der Postulatsabschreibung zustimmen.

Loris Jeitziner (SP) erklärt, auch die SP-Fraktion findet es schade, dass die Uni nicht den Weg nach Liestal gefunden habe. Er selbst ist als Student der Uni Basel doch in einem gewissen Zwiespalt. Auch für Liestal ist es von Vorteil, dass wir eine starke Uni in der Region haben, obwohl diese keinen Standort hier hat. Der bevorzugte Uni-Standort Dreispitz hat sicher seine Vor- und auch Nachteile. Wichtig ist, dass Liestal parat ist, falls sich neue Möglichkeiten für Liestal bieten würden. Die SP-Fraktion wird beiden Stadtratsanträgen zustimmen.

Daniela Reichenstein (FDP) bedauert den ernüchternden Bericht im Zusammenhang mit dem Uni-Standort ebenfalls. Es ist wohl schon so, dass Liestals als Kantonshauptort nicht oder zu wenig wahr genommen wird. Liestal muss sich keinesfalls verstecken und muss immer wieder auf seine Standortvorteile usw. aufmerksam machen. Die FDP-Fraktion stimmt den Anträgen ebenfalls zu.

Stadtpräsident Daniel Spinnler stellt fest, dass im Entwicklungsplan die Stärkung von Liestal als Hauptstadt als Ziel formuliert ist und man diesbezüglich immer wieder beim Kanton interveniert. Aktuell steht die Sanierung des Gerichtsgebäudes sowie der Verwaltungsneubau des Kantons im Kreuzboden an. Auch ist man zusammen mit dem Kanton und dem Spital an der Masterplanung Rheinstrasse. Das Bahnhofgebiet von Liestal ist ein Top-Gebiet und sicher besser erschlossen als das Dreispitz-Areal, wo man für den neuen Uni-Standort nun noch die Tramlinie ausbauen muss.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat Kenntnis vom stadträtlichen Bericht.

://: Das Postulat Nr. 2019/142 wird mit einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

30 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Städtepartnerschaft gegen Rassismus – Postulat «Städtepartnerschaft mit Sacramento gegen Rassismus einsetzen» von Joel Bühler der SP-Fraktion (Nr. 2020/205)

Stadtpräsident Daniel Spinnler informiert, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte, denn dieser Diskurs sollte wohl eher wissenschaftlich von Historikern geführt werden. Und natürlich sollte auch dann in den Schulen darüber geredet werden. Und wir wissen ja ebenfalls alle, dass General Sutter nicht nur der schillernde Held war. Die Städtepartnerschaft mit Sacramento basiert ja auf dem eher symbolischen Zusammenhang, dass der Gründer von Sacramento ja aus der Umgebung von Liestal kam und so sehe er einen Klassenaustausch zwischen Liestal und Sacramento schon gar nicht, zumal ein solcher Vorschlag auch in Sacramento wohl auf wenig Gegeninteresse stossen dürfte.

Joel Bühler (SP) hält als Postulant fest, dass es nicht seine Absicht war, dass der Stadtrat nun Archive durchstöbert und das Thema Rassismus geschichtlich aufarbeitet. Vielmehr sollte der Stadtrat prüfen, ob mit geschichtlicher Bildung, kulturellen Projekte, durch Denkmäler und Strassenbezeichnungen, dem Austausch mit Menschen aus Sacramento usw. nicht etwas besser mit dem Rassismus umgegangen werden könnte. Viele glauben ja, dass es in der Schweiz den strukturellen Rassismus nicht gibt oder gab. Die Realität sieht aber ganz anders aus. Bei der Suche nach einer Stelle oder einer Wohnung, bei Polizeikontrollen usw. gibt es immer wieder Beweise dafür, dass Leute mit einer anderen Hautfarbe oder mit einem ausländisch klingenden Namen strukturell benachteiligt werden, wobei es dabei nicht um zufällige Fehlritte usw. geht. Vielen von uns ist in der Jugend ein falsches Bild vermittelt worden, so sind wir angeblich nicht am Kolonialismus beteiligt gewesen und über den tagtäglich auch in der Schweiz stattfindenden Rassismus wird kaum geredet. Dabei gab es in der Vergangenheit auch rassistische Gesetze in der Schweiz gegen Jugend, Fahrende usw. und auch Antiziganismus, Antisemitismus etc. waren durchaus salonfähig. Bei Völkerschauen hatte man sich über sogenannte Wilde amüsiert und Apartheid-Regime wurden unterstützt, ohne dass es Konsequenzen zur Folge hatte. Die Schweiz ist mit Christoph Burckhardt aus Basel und zahlreichen anderen reichen Familien am Sklavenhandel und Kolonialismus beteiligt gewesen. Auch das Baselbiet ist auf den selbsternannten General Sutter reingefallen und seine Rolle bei der Unterdrückung der indigenen Bevölkerung ist nie hinterfragt worden. Die Aufarbeitung, Prävention und Bekämpfung des Rassismus fordert ein geschärftes Auge und das Verständnis der ganzen Bevölkerung. Das Problem ist grösser als General Sutter und die Apartheid-Aufarbeitung ist nie in die Gesellschaft hineingetragen worden, obwohl diesbezüglich gute Forschung gemacht wurde. Und nun geht es doch darum, dass die Ergebnisse der Forschungen in das Bewusstsein der Bevölkerung hineingetragen werden und sich zu überlegen, wie diese einer breiteren Menschengruppe zugänglich gemacht werden können. Nur wenn die Illusion zerstört werden kann, dass die Schweiz eine weisse Weste hat, können wir als Einzelpersonen und als Institutionen entschlossen gegen Rassismus und Unterdrückung anderer Menschen vorgehen. Die Stadt Liestal hat doch auch von einem symbolischen Punkt her eine spezielle moralische Verantwortung. Mit seinem Vorstoss möchte er dem Stadtrat ermöglichen, konkrete Projekte zur Aufarbeitung von Rassismus zu prüfen. Er hoffe schwer, dass auch der Einwohnerrat die Zeichen der Zeit erkannt hat und er dem Stadtrat zutraut, dass dieser gute Vorschläge unterbreiten kann, wie man das bereits vorhandene Wissen den Menschen einfacher zugänglich machen kann.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, dass man in ihrer Fraktion das Ziel des Vorstosses wohl schon etwas falsch interpretiert habe und auf die Partnerschaft mit Sacramento fokussiert war. Sie hatte Kontakt mit Mirjam Spinnler, welche im Jahr 2004 in Sacramento war. Bei einem Besuch auf der dortigen Verwaltung musste sie feststellen, dass man dort keine Ahnung von General Sutter hatte und das Interesse für die Schweiz sowie Liestal kaum vorhanden war. Wie sie in den letzten Tagen von einer in Sacramento wohnhaften Person erfahren hatte, dass

dort das Thema General Sutter, Rassismus usw. sehr wenig oder gar nicht interessiere. Der Mittefraktion scheint es fragwürdig, ob es der richtige Zeitpunkt ist, um mit Sacramento Kontakte zu knüpfen. Der Rassismus ist allgegenwärtig auch bei uns, doch dürfte eine zusammenhängende Thematisierung mit Sacramento schwierig sein. Das Postulat ist für die Mittefraktion nicht zielführend und wird deshalb nicht überwiesen.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, dass er selbst einmal Sacramento besucht hatte und die Grussbotschaft von Liestal überbringen durfte. Es ist schon so, dass die Städtepartnerschaft zwischen Liestal und Sacramento eher symbolisch ist und Liestal nur eine der vielen Partnerstädte von Sacramento auf der ganzen Welt ist. Die Partnerschaftspflege mit dieser Distanz ist praktisch unmöglich und doch hatte in früherer Zeit schon einmal ein Schüleraustausch stattgefunden, was doch sehr schwierig war. Man sollte auch nicht alles verteufeln, was frühere Generationen im Zusammenhang mit Rassismus und Sklaverei getan hatten, da uns die damaligen Geschehnisse und Verhältnisse unbekannt sind. Die Aufarbeitung der Geschichte ist wichtig. Rassismus und Sklaverei muss klar verurteilt werden, doch darf man nicht vergessen, dass es damals nebst vielen un schönen Dingen und Vorkommnissen auch positive Effekte wie die Arbeitsbeschaffung usw. gab. Mit der Entfernung von Denkmälern usw. verleugnet man dann schlussendlich auch die Geschichte, was ja auch nicht richtig ist. Und wenn man das Engagement von Profifussballern beobachtet, gibt es auch noch die Sklaverei, aber einfach in einer moderneren Art. Denn diese sind Eigentum von Privatpersonen oder Firmen und werden auf einem offenen Markt verkauft. Im Postulat werden verschiedene Punkte festgehalten und gefordert, die für seine Fraktion unmöglich sind, weshalb man der Überweisung des Vorstosses nicht zustimmen wird.

Daniel Schwörer (FDP) hält fest, dass auch seine Fraktion die Postulatsüberweisung an den Stadtrat nicht unterstützen wird. Die Ausführungen des Postulanten sind nicht uninteressant und einige Aspekte sind durchaus untersuchungswürdig. Auch verschiedene Aussagen in den Voten der Vorredner sind durchaus interessant, doch werden diese hier im Einwohnerrat am falschen Ort gemacht. Es ist jedoch nicht Sache eines Parlaments, einen historischen Diskurs zu führen und dann die Behörden dazu zu verpflichten, irgendwelche Laienbewertungen aus diesem Thema als Auftrag der Behörde zu übergeben. Die vom Postulanten gemachte Äusserung, dass es Auftrag der Stadt sei, das Bewusstsein über das Thema in die Bevölkerung zu tragen. Dies ist keine Aufgabe der Stadt bzw. öffentlichen Hand. Der Bundesrat hatte ja im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögen eine Spezialkommission eingesetzt, welche sich diesem Thema angenommen hatte. Nun kann es aber nicht sein, dass die Stadt Liestal eine historische Kommission einsetzt, um den Rassismus in der Schweiz untersuchen zu lassen. Und im Zusammenhang General Sutter und Sacramento sei erwähnt, dass dieser in Burgdorf gelebt hatte und sein einziger Bezug zum Baselbiet das Bürgerrecht von Rünenberg war. General Sutter hatte keinerlei Bezug zu Liestal. Auch haben ihnen die im Postulat erwähnten Ausdrücke und Wörter wie Antiziganismus, Racial Profiling usw. haben ihn bezüglich der Massstäblichkeit zwischen den USA und Liestal schon etwas erstaunt. Seine Fraktion lehnt das Postulat ab.

Michael Durrer (GL) findet den vorgängig erwähnten Vergleich von Fussballspielern und modernen Sklaverei sowie die Verharmlosung und Entschuldigung der früheren Sklaverei problematisch und unangebracht. So waren beispielsweise auch im zweiten Weltkrieg nicht alle Deutschen dem damaligen Zeitgeist unterlegen und hatten einfach alles mitgemacht, nur weil jegliches Verhalten entschuldigt war. Unzählige Studien belegen, dass es den strukturellen Rassismus auch in der Schweiz gibt. Es ist vermutlich einfacher und bequemer, wenn man dies nicht eingestehen will. Er selbst habe sich ja auch schon dabei ertappt, dass er seine Tasche abends etwas fester gehalten hatte, als er dunkelhäutigen Männern begegnete. Eine Aufarbeitung ist wichtig und im Moment wäre es wohl auch der richtige Zeitpunkt. Der Grünen Fraktion sind die Forderungen des Postulanten schon etwas sehr konkret formuliert und die Diskussion hätte durchaus auch etwas breiter geführt werden können, was mit einer Interpellation vielleicht besser möglich gewesen wäre. Das Thema Rassismus ist aber enorm wichtig

und deshalb wird man die Postulatsüberweisung unterstützen. Und wenn die Städtepartnerschaft zwischen Sacramento und Liestal wirklich nur symbolisch sein sollte, könnte man es auch gleich sein lassen mit dieser Partnerschaft.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, dass anschliessend mit dem Postulat Nr. 2020-10 das Thema Rassismus nochmals zur Sprache kommt. Mit dem vorliegenden Postulat Nr. 2020/205 mischt man sich in amerikanische Verhältnisse ein, was ja nicht sein kann. Die vergangenen Ereignisse in den USA nun zum Vorwand und als Aufhänger zu nehmen, dass wir nun in der Schweiz unsere Vergangenheit anschauen sollen, ist doch der falsche Zugang. Wir haben auch Probleme, doch lassen sich diese nicht mit den zum Teil übermässig harten Polizeieinsätzen gegen Schwarze usw. vergleichen. Wir müssen vor unseren eigenen Haustüren wischen und nicht gesuchte Vorwände zum Anlass nehmen, um irgendwelche Forschung und Bildung zu betreiben. Wenn man beispielsweise das kürzliche Giftattentat auf einen russischen Politiker und die stalinistischen Verbrechen anschaut, so könnte man ja ebenfalls sagen, dass der Stalinismus und die Sozialdemokratie zum Teil ähnliche Wurzeln haben. Zu recht entsetzt diese Aussage, doch genau dies ist die Argumentation im Postulat, da sie an den Haaren beigezogen ist. Fakt ist, dass wir gewissen Probleme anschauen müssen, doch müssen das diejenigen vor der eigenen Haustüre sein.

Natalie Oberholzer (GL) ist der Meinung, dass das Bewusstsein schaffen in der Bevölkerung sehr wohl eine öffentlich Aufgabe ist. Bereits in der Bundesverfassung ist die Strategie der nachhaltigen Entwicklung festgehalten und die Bildung der nachhaltigen Entwicklung ist ein Teil davon, weshalb auch eine Sensibilisierung im Zusammenhang mit Rassismus dazu gehört. Für die Bildung an Schulen wurden auch finanzielle Mittel des Bundes zur Verfügung gestellt.

Joel Bühler (SP) möchte als Postulant doch noch zu einigen Kommentaren und Diskussionsantworten etwas sagen. Dass das Wort Antiziganismus nicht geläufig und bekannt ist, ist genau eine Illustration für das Problem, vor welchem wir stehen. Denn wir wissen nicht, welche Verbrechen in der Schweiz gegen Fahrende, Jüdinnen und Juden usw. begangen wurden. Dabei handelt es sich nicht um eine persönliche Bildungslücke, sondern vielmehr um die Tatsache, dass wir in der Schweiz zu wenig tun, um darüber reden und aufklären zu können. Und bei seinem Postulat geht es ja darum, was wir noch heute falsch machen und was wir aus Fehlern der Vergangenheit lernen können, damit wir es künftig besser machen können. In seinem Vorstoss wird zudem auch nicht die Bildung einer Kommission erwähnt. Aber selbst in den Museen von Liestal ist es doch so, dass Sachverständige bei Ausstellungen beigezogen werden. Auch er war in der Sekundarschule bei einem Schüleraustausch mit einer Schule in Genf dabei und dieser ist schon damals von den Schulleitungen selbst und ohne Zutun der beiden Stadtpräsidien möglich geworden. Den Vorwurf, dass er Denkmäler abbauen möchte, lasse er nicht gelten. Denn wenn man seinen Vorstoss genau liest, geht es ihm wohl eher um den Aufbau anstatt den Abbau von Denkmälern. Es sind wohl schon noch einige Missverständnisse betreffend seinem Vorstoss vorhanden und er hofft schon, diese noch klären zu können.

Michael Durrer (GL) meint, dass die Ausgangslage in den USA und der Schweiz schon nicht ganz vergleichbar ist. Natürlich kommt es bei uns nicht vor, dass unbewaffnete dunkelhäutige Jugendliche von der Polizei erschossen werden. In der Institution in Laufen, wo er arbeitet, wohnen zur Zeit 18 Jugendliche, wovon einer dunkelhäutig ist und dieser wird an einem Wochenende mehr kontrolliert, als die anderen 17 Jugendlichen in einem ganzen Jahr. Er wird mehr kontrolliert und steht unter Generalverdacht, obwohl er sich nicht auffällig verhält und auch noch schweizerdeutsch redet. Die Behauptung, dass keine Zusammenhänge vorhanden sind und Rassismus in der Schweiz kein Thema sei, stimmt so einfach nicht und ist falsch.

Dominique Meschberger (SP) findet, dass das Postulat mit vielen guten Ideen gespickt ist und zumindest die Prüfung und Berichterstattung des Stadtrates wäre ein guter Start zum Thema

Rassismus. Ein Schüleraustausch mit einer Klasse in Sacramento wäre sicher sehr willkommen und auch die Errichtung eines Denkmals wäre prüfenswert.

Bernhard Bonjour (SP) findet es toll, dass die Mittefraktion mit einem anderen weiteren Vorstoss den Rassismus thematisiert. Beim vorliegenden Vorstoss werden ganz konkrete Vorschläge unterbreitet und man hat Anknüpfungspunkte. Dies ist wohl einfacher, als ganz generell über Rassismus zu reden. Und Stefan Fraefel der Mittefraktion hat leider nicht verstanden, dass es beim Postulat Nr. 2020/205 von Joel Bühler nicht darum geht, den USA Vorwürfe zu machen. Er möchte genau das Gegenteil bewirken, indem man die Überlegungen sowie politischen Diskussionen in Sacramento hier in der Schweiz thematisiert und Lehren daraus zieht. Und genau dieser Perspektivenwechsel wäre interessant für uns und ein paar Ideen des Postulanten könnten sicher umgesetzt werden.

Stadtpräsident Daniel Spinnler findet die Diskussionen zum Thema Rassismus durchaus interessant und soll nun der Stadtrat einen Schüleraustausch zwischen Liestal und Sacramento prüfen, was dann wiederum in Widerspruch zur Klimapolitik und Nachhaltigkeit steht? Er war auch ein Jahr in den USA und kann bestätigen, dass auch dort nicht alle ein Rassismus-Problem haben. Einige Themen des Postulates werden vom Stadtrat aufgenommen, ob nun der Vorstoss überwiesen wird oder nicht. Gerade zum Thema General Sutter wurde viel geforscht und so werden auch ganz unterschiedliche Meinungen über Herrn Lienhard als einzige Quelle im Bericht vertreten. Es sind weitere Abklärungen und Forschungen nötig, damit Zeitüberträge in den richtigen historischen Kontext erstellt werden können. Und es ist richtig, dass wir bei der Problemlösung zuallererst bei uns selbst beginnen müssen, denn es wurde richtigerweise bereits gesagt, dass gewisse tiefverwurzelte Reflexe und Vorurteile besser überwunden werden sollten.

Stadtrat Lukas Felix informiert, dass auch der Bildungsbereich im Postulat thematisiert wird und dieser bezieht sich in der Stadt Liestal auf die Primarschule. Die Bildungsziele der Schule sind nicht in der Kompetenz der Stadt und des Einwohnerrates. Im Lehrplan 21 ist unter anderem das Bildungsziel «gegenseitig Respekt» definiert. So soll unter anderem der respektvolle Umgang mit Menschen, die unterschiedliche Lernvoraussetzungen mitbringen oder sich durch Geschlecht, Hautfarbe, Sprache, Religion oder Lebensform vermittelt werden.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2020/205 wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen nicht an den Stadtrat überwiesen.

31 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Nachhaltigkeit – Bericht des Stadtrats zum Postulat betreffend Fachperson «Nachhaltigkeitsbeauftragte/Nachhaltigkeitsbeauftragter» von Natalie Oberholzer der GL-Fraktion, Marianne Quensel der SP-Fraktion und Domenic Schneider der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2019/141)

Nathalie Oberholzer (GL) nimmt als Postulantin Bezug auf den stadträtlichen Bericht und hält fest, dass die Verfasserinnen des Postulates grundsätzlich mit dem stadträtlichen Bericht zufrieden sind, denn dieser zeigt die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung auf. Nachhaltige Entwicklung bedeutet für Liestal, dass die drei Handlungsfelder Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie gleichwertig berücksichtigt werden. Von Zielkonflikten zwischen den Bereichen möchte sie nicht reden, wie es im Bericht steht. Denn das Ziel ist es doch schlussendlich für alle, dass die Lebensqualität langfristig erhalten werden kann. Das gemeinsame Lösen von heutigen Herausforderungen wie Biodiversitätsverlust, Klimaschutz, Rohstoffknappheit etc. Diese dringlichen und wichtigen Probleme könnten unsere Lebensqualität gefährden. Die Natur ist unsere Lebensgrundlage und ohne eine intakte Umwelt und Rohstoffe geht gar nichts, ohne sie steht auch die Wirtschaft still und die Gesellschaft leidet. Dies sieht man aktuell beim Wald, denn viele Bäume sterben zu schnell wegen der andauernden Trockenheit ab, weshalb der Wald in der Folge für Erholungssuchende gesperrt werden muss. Das wertlose Käferholz findet keinen Absatz und die Waldbewirtschaftung wird immer kostenintensiver. Alles hängt zusammen und es muss vermehrt bereichsübergreifend gedenkt und gehandelt werden. Neben den Spezialisten braucht es auch Fachpersonen, die ohne Gärtchendenken das ganze System im Blickfeld haben, welche die Bereiche und verschiedenen Akteure vernetzen und amtsübergreifend Probleme bearbeiten. Eine Gemeinde mit einer nachhaltigkeitsorientierten Strategie im Sinne der Agenda 2030 hat anfänglich einen bestimmten Mehraufwand, aber nachher ein grosses Nutzerpotenzial. Es können Synergien genutzt, Abläufe optimiert, Ressourcen eingespart und schlussendlich auch Kosten gesenkt werden. Nicht vergessen darf man auch den Imagegewinn. Es ist begrüssenswert, dass das Thema Nachhaltigkeit von der Stadt vertieft aufgegriffen und nun eine systematisch fundierte Ist-Analyse geplant ist und daraus dann ein Massnahmenkatalog abgeleitet werden soll. Eigenartig ist nur, dass gleich im Vorhinein eine Nachhaltigkeitsbeauftragte oder ein Nachhaltigkeitsbeauftragter ausgeschlossen wird, bevor dass die Ist-Analyse überhaupt vorliegt. Sie ist gespannt auf die Resultate. Die Postulanten und auch die Grüne Fraktion können der Abschreibung des Postulates zustimmen.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) unterstützt als Mitpostulant das Votum seiner Vorrednerin und begrüsst es, dass nun eine Analyse gemacht wird. Ob es dann eine temporäre oder fixe Anstellung gibt oder ob der Auftrag auf Mandatsbasis erteilt wird, wird sich dann noch zeigen. Er kann die Postulatsabschreibung ebenfalls unterstützen.

Lukas Heinzelmann (SVP) meint, dass man sich auf der Homepage des Kantons sehr gut zum Thema Nachhaltigkeit informieren lassen kann. Die Bürgergemeinde kann ebenfalls Wissenswertes zum Thema Wald vermitteln. Die SVP-Fraktion unterstützt die stadträtlichen Anträge.

Richard Gafner (FDP) orientiert, dass die FDP-Fraktion dem Stadtrat für die Berichterstattung danke und dessen Anträge ebenfalls unterstützt. Die Schaffung einer zusätzlichen Stelle dürfte wohl nicht den erhofften Nutzen bringen. Das weitere Vorgehen des Stadtrates wird unterstützt.

Bernhard Bonjour (SP) erklärt als Sprecher der SP-Fraktion, dass es bei der Behandlung des stadträtlichen Berichtes in der Fraktion viel Unmut gab. Der Tonfall ist belehrend sowie teilweise herablassend und man stört sich am gebrauchten Fachjargon, welcher wohl aus Kursen der öffentlichen Verwaltung und Projektmanagement kommt. Es werden Modewörter

verwendet, welche man im üblichen Sprachgebrauch nicht liest und hört. Diese Modewörter verschleiern oftmals mehr, als dass sie zur Klärung und Verdeutlichung beitragen würden. Das führt dann im Bericht zu ziemlich viel Fehlern, welche sich normalerweise nicht einschleichen. Sprachliche und logische Sachen gehen einfach nicht auf. Zu den ganz konkret formulierten Fragen der Postulanten findet man im Bericht keine Antworten, da diese sehr summarisch abgehandelt werden. Die Einladung an den Stadtrat ist deshalb, dass man künftige Berichte an den Einwohnerrat kritisch sowie genau anschaut und man zu konkreten Fragen auch konkrete Antworten gibt. Zum Inhalt des Berichtes kann seine Fraktion viele stadträtliche Aussagen nachvollziehen. Trotz den vorerwähnten Vorbehalten versuchte man die Argumentation des Stadtrates zu verstehen. Mit dem Postulat wird die Anstellung einer Fachperson angeregt. Der Stadtrat anerkennt die Wichtigkeit einer Nachhaltigkeit und die Dringlichkeit, was seine Fraktion freue. Einer externen Beratung wird gegenüber der vorgeschlagenen Anstellung einer Fachperson der Vorzug gegeben, da diese eine Fortbildung für die ganze Verwaltung macht. Damit kann dann die ganze Verwaltung besser in die Pflicht genommen werden, was wiederum nachvollziehbar ist. Wenn man den Bericht richtig interpretiert, soll nicht nur eine Fortbildung für die Verwaltung, sondern für einzelne Vorhaben auch externe Nachhaltigkeitsexperten zugezogen werden. Es leuchtet nicht ganz ein, dass eine Fachperson innerhalb der Verwaltung nur ganz generelle Hinweise geben kann, währenddem externe Berater in einer Fortbildung weniger generell wären. Erfreut nimmt man zur Kenntnis, dass der Stadtrat dafür den Betrag von TCHF 90 in das Budget 2021 aufnehmen wird. Ein Problem hat man damit, dass es sich dabei um einen einmaligen Budgetposten handelt, denn mit der Anstellung einer Fachperson wäre ein Support auf Jahre hinaus gewährleistet und auch eine gewisse Kontinuität wäre gegeben. Es ist ganz wichtig, dass man von der Ist-Zustandsanalyse erfährt und welche Konsequenzen daraus gezogen werden und ein Weitergehen auch für die Folgejahre gewährleistet ist. Im Bericht wird man vom Stadtrat belehrt, dass man bei der Nachhaltigkeit nicht nur die Ökologie meine, sondern auch die soziale und finanzielle Nachhaltigkeit gemeint sei und diese gleichrangig sei. Seiner Fraktion ist die soziale Nachhaltigkeit sehr wichtig und es gibt ja auch eine Nachhaltigkeit in der Bildung, der Kultur und weiterer Dinge. Die absolute Beschränkung auf drei Dinge ist nicht einleuchtend und es darf vor allem nicht dazu führen, dass damit die von den Postulanten geforderte ökologische Nachhaltigkeit mit der vom Stadtrat vorgeschlagene Förderung einer generellen Nachhaltigkeit überdeckt werden soll, dies wäre nicht gut. Die SP-Fraktion glaubt und hofft, dass der Stadtrat der ökologischen Nachhaltigkeit bei der Umsetzung auch die gebührende Beachtung schenken wird. Den stadträtlichen Anträgen wird man zustimmen, obwohl man es schade findet, dass die konkreten Fragen der Postulanten vom Stadtrat nicht konkret beantwortet wurden.

Natalie Oberholzer (GL) hält als Postulantin fest, dass der ökologische Bereich im Postulatstext deshalb so prominent vorkomme, weil genau dieser Bereich und Punkt im Entwicklungsplan vermisst wurde. Auf Seite 11 des Entwicklungsplanes heisst es im Titel «Gesellschafts- und finanzpolitische Ziele» und die «ökologischen Ziele» fehlen gänzlich. Sie wünscht sich, dass in dieser Abbildung auch noch die Säule «Umwelt» integriert würde.

Peter Küng (SP) verweist auf Abs. 4.1 des stadträtlichen Berichtes in der Vorlage Nr. 2019/141a und stellt fest, dass er den Satz «Wie können bei einer qualitativen Einschätzung subjektive Einschätzungen in objektivierbare Entscheidungskriterien übersetzt werden?» geschätzte 100 Male gelesen habe und er verstehe diesen noch immer nicht. Es gibt wohl 1'000 Gründe gegen etwas zu sein. Er findet, dass es nun endlich vorwärts gehen müsse und nicht weiterhin versucht werden, mit solch geschwollenen Sätzen das Thema hin und her geschoben werden. Man will nun Resultate sehen und es sollen nun vom Stadtrat konkrete Schritte im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit, Klimapolitik usw. aufgezeigt werden. Dem Bericht des Stadtrates kann man nicht entnehmen, dass der Wille des Stadtrates wirklich vorhanden ist, in Sachen Nachhaltigkeit etwas unternehmen zu wollen.

Daniel Schwörer (FDP) findet es richtig, dass man nicht eine zusätzliche Verwaltungsstelle schafft und eine Person fest anstellt, sondern dass man die Wissensleistung extern einkauft. Die TCHF 90 finde man in seiner Fraktion schon sehr hoch, denn bei einem grosszügigen Honoraransatz von CHF 300.--/Stunde würde dies ja rund 7 Arbeitswochen für die Durchführung von 1 – 2 Workshops entsprechen. Dieser Betrag dürfte in der bevorstehenden Budget-Debatte sicher nochmals thematisiert werden.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) meint, der Betrag von TCHF 90 dürfte noch viel teurer werden, wenn man jetzt nichts unternehmen würde.

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die mehrheitlich positiven Rückmeldungen und stellt fest, dass es auch dem Stadtrat wichtig ist, dass der Begriff «Nachhaltigkeit» korrekt verwendet wird. Und wenn man das Gefühl hat, dass der Bericht lehrmeisterlich geschrieben wurde, ist es wohl darauf zurückzuführen, dass ein Lehrmeister einige Zeilen verfasst hatte. Die Kritik des SP-Fraktionssprechers finde er nicht gerade konstruktiv, was er diesem noch in einem persönlichen Gespräch sagen wird. Auch ist es nicht so, dass der Stadtrat im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit nicht vorwärts machen möchte. Das Gegenteil ist der Fall und so war es dem Stadtrat wichtig, dass der Bericht sauber abgehandelt wird und man beispielsweise dem Begriff «Nachhaltigkeit» sauber nachgeht. Im Bericht sind mehrere Quellen eingeflossen und man hat auch verschiedene Research gemacht sowie einige Experten kontaktiert. Der Betrag von TCHF 90 ist sehr wohl hoch, doch braucht man diesen Betrag, um vorwärts machen zu können. Das Fachwissen zum Thema Nachhaltigkeit ist auf der Verwaltung nicht im Detail vorhanden. Festhalten möchte er doch, dass der Stadtrat und die Verwaltung nicht solomässig unterwegs sind, sondern diese gut, übergreifend und transversal zusammen arbeiten. Und dies ist gerade beim Thema Nachhaltigkeit sehr wichtig. Diesbezüglich ist ja in der Vergangenheit auch schon einiges bereits gemacht worden. Und im Zusammenhang mit dem vorgängig zitierten Satz hätte er noch viel komplizierter schreiben können, indem er alle Themen, Modelle und Methoden aufgezählt hätte, die den Wert der ökologischen Dienstleistung wie beispielsweise Biodiversität sichtbar machen könnten. Und in der sozialen Nachhaltigkeit ist der Bildungsbereich enthalten. Beim Budget ist es beispielsweise einfach, Zahlen und Jahre zu vergleichen, doch wie können beispielsweise Umweltschäden mit einbezogen und Vergleiche in verschiedenen Nachhaltigkeitsbereichen angestellt werden? Instrumente wie «Triple-Budgetierung», «Nachhaltigkeitskompass» usw. können halt nicht in jedem Fall angewendet werden und deshalb ist eine Objektivierung nötig. In seiner Schule wird beispielsweise im Zusammenhang mit Plastikverpackungen geforscht und so weiss man, dass Plastik nicht per se schlecht ist. Priorisierungen sind nötig und so sind politische Entscheide nötig, ob beispielsweise trotz der hohen Verschuldung die Bioversität gefördert werden soll oder ob man nicht eher sozialen Themen den Vorzug gegeben werden soll. Die Anstellung einer Nachhaltigkeitsbeauftragten oder eines Nachhaltigkeitsbeauftragten findet er eine schlechte Idee, denn es sollte doch so sein, dass alle zum nachhaltigen Denken verpflichtet sind und man nicht einfach auf die Direktiven oder Interventionen eines Nachhaltigkeitsbeauftragten warten sollte, damit etwas passiert oder unternommen wird. Das nachhaltige Denken ist schon recht gut in der Verwaltung verankert, doch will man sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen, sondern mit dem vorgeschlagenen Projekt vorwärts kommen. Schnellschüsse machen auch keinen Sinn, denn man hatte in Liestal aus gut gemeinten ökologischen Gründen auch schon eine Gas-Wischmaschine inkl. Tankstelle angeschafft. Weil diese meist nicht funktioniert hatte, musste sie schon bald ersetzt werden. Diese Anschaffung hatte viel Geld gekostet und schlussendlich auch nichts für ein besseres Klima beigetragen. Es tut ihm leid, sollte der stadträtliche Bericht belehrend im Rat angekommen sein, doch hätte der Stadtrat einen schludrigen Bericht vorgelegt, hätte er sich wohl auch wieder den Vorwurf anhören müssen, dass er das Thema Nachhaltigkeit nicht ernst nehme.

Ratspräsidentin Verena Baumgartner (GL) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der stadträtliche Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2019/141a wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

://: Das Postulat Nr. 2019/141 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Verena Baumgartner hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Verena Baumgartner

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann